

**Niederschrift
zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde
Moorrege (öffentlich)**

Sitzungstermin: Mittwoch, den 05.06.2019

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 23:06 Uhr

Ort, Raum: Restaurant Grande Sukredo, Kirchenstraße 28,
25436 Moorrege

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

| | | |
|--|------|-----------------------------|
| Herr Wolfgang Burek | CDU | Vorsitzender |
| Herr Harald Glashoff | FWM | |
| Herr Thomas Kasimir | SPD | |
| Herr Ulrich Möller | FWM | |
| Herr Hauke Schmidpott | CDU | Für Stephan Ben- kendorf |
| Herr Jörg Schneider | Bünd | |
| nis 90/Die Grünen | | |
| Herr Olaf Semmelmann | CDU | Für Jens Braasch |
| Frau Ute Tobuschat | SPD | |
| Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg | CDU | |

Gäste

Frau Birgit Möller
Herr Daniel Wolff

Protokollführer/-in

Herr Michael Müller

Verwaltung

Herr Jan-Christian Wiese

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

| | |
|-------------------------|-----|
| Herr Stephan Benkendorf | CDU |
| Herr Jens Braasch | CDU |

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 23.05.2019 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Bau- und Umweltausschuss ist beschlussfähig.

Zum TOP Ö 1 gibt es keine Mitteilungen.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 12 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Der bisherige TOP N 12.4 wird gestrichen, da dieser versehentlich auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Der bisherige TOP N 12.5 wurde vom Antragsteller zurückgezogen, da der Antrag überarbeitet wird und in eine Anfrage zur Aufstellung eines Bebauungsplanes münden soll.

TOP Ö 5 wird TOP Ö 3

Herr Möller beantragt dass der bisherige TOP Ö 3 zusammen mit TOP Ö 9 behandelt wird. Der zusammengefasste TOP wird TOP Ö 4.

TOP N 12.1 der Tagesordnung wird auf Antrag von Herrn Heidecke im öffentlichen Teil als Punkt Ö 11 behandelt.

Eine Ergänzung dazu wird als TOP 12.1 im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Der TOP N 12.6 Reetdachförderung wird TOP N 12.5

Die Tischvorlage für den Bau eines Carports wird TOP N 12.4.

TOP N 12.6 wird auf Antrag von Herrn Schmidpott die Überprüfung der Baumaßnahme Wedeler Chaussee 26

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Herr Heidecke verlässt die Sitzung nach der Abstimmung über den TOP Ö11

Auf Antrag von Herrn Möller (23:03 Uhr) wird die Sitzung um 23:06 Uhr nach Befassung mit dem TOP N 12.2 abgebrochen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Einwohnerfragestunde
3. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 "Münsterweg" für das Gebiet nördlich und südlich des Münsterweges, östlich Wedeler Chaussee (B 431) und südlich Klöterberg; hier: Beschlussfassung über den geänderten Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: 1062/2019/MO/BV
4. Spurbahnsanierung Lander inklusive Antrag der FWM auf Erstellung einer Bodengrund-

untersuchung Spurbahn Lander
Vorlage: 1038/2019/MO/BV

5. Raumordnungsverfahren zum geplanten Neubau einer Erdgastransportleitung durch Gasunie
Vorlage: 1048/2019/MO/BV
6. Antrag der SPD-Fraktion, hier: künftige Beteiligung des Arbeitskreises Baumschutz im Rahmen von Bauvorhaben
Vorlage: 1049/2019/MO/AN
7. Bildung einer Arbeitsgruppe für die zukünftige Nutzung des Amtshauses; hier: Antrag der FWM
Vorlage: 1050/2019/MO/BV
8. Beauftragung eines externen Baubegleiters für die Planung und Errichtung des DRK Kindergartens; hier: Antrag der FWM
Vorlage: 1051/2019/MO/BV
9. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Ausweisung der innerörtlichen Straßen als Tempo 30-Zone (ausgenommen B431/L106)
Vorlage: 1061/2019/MO/BV
10. Verschiedenes
11. Vorbescheidsantrag für die zeitlich begrenzte temporäre Errichtung von 2 Mobilhäusern als Flüchtlingsunterkünfte am Klöterberg 6
Vorlage: 1055/2019/MO/BV

Protokoll:

zu 1 Mitteilungen

Keine Mitteilungen

zu 2 Einwohnerfragestunde

Von einem Ausschussmitglied wird angemerkt, dass die Streichung des TOP zur Bebauung am Klöterberg nicht im Protokoll zum letzten Bau- und Umweltausschuss nicht ausdrücklich erwähnt wird.

Herr Werner Mühlmeister äußert wegen der geplanten Änderung des B-Plans Nr. 23 Bedenken hinsichtlich der Versickerung des Regenwassers. Herr Burek und Herr Heidecke informieren, dass der geänderte Planentwurf neu ausgelegt wird und dass dann eine neue Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfolgt. Dies betrifft dann auch über die Versickerung des Regenwassers.

Frau Wiemeyer fragt warum der B-Plan Nr. 23 für den Investor geändert

werden soll?

Ihrer Meinung nach sollen am Klöterberg nur Einzelhäuser gebaut werden. Frau Wiemeyer beschwert sich über die geänderte Planung.

Herr Uwe Mahnke begrüßt den Beschluss der Gemeinde Moorrege, dass Blumenwiesen in der Gemeinde gefördert werden sollen. Herr Mahnke fragt hierzu an, warum ein Beschluss aus dem Jahr 1985 bezüglich einer Wiese in Oberglinde nicht umgesetzt wird.

Herr Bürgermeister Weinberg informiert in diesem Zusammenhang, dass der Moorreger Park und dass Flächen Am Häg und in der Kastanienallee aktuell umgebrochen und eingesät werden.

Frau Corinna Hess stellt fest, dass sie zu ihren Fragen zum B-Plan Nr. 23 keine Antworten bekommen habe.

Die neue Planung mit Wohnblöcken fügt sich ihrer Ansicht nach nicht in die Umgebung mit Einzelhäusern ein. Die verkehrliche Belastung durch die geplanten Neubauten wird nicht berücksichtigt. Der Schulweg wird ebenso nicht berücksichtigt.

Der Abriss von Asbestplatten von den auf dem Grundstück bestehenden Gebäuden musste von der Polizei gestoppt werden.

Frau Hess kritisiert die Planung des Investors.

Frau Hildmann stellt fest, dass sie keine Antwort auf ihre Anfrage bezüglich ihres Knicks bekommen hat. Die durch den Investor geplante Bebauung sei überzogen. Die Politik lasse den Investor alles machen, was er möchte.

Die Diskussion eskaliert zunehmend, sodass Herr Mankel um sachliche Befassung mit dem Thema bittet.

Herr Gert Sommer wünscht sich zum Antrag auf Ausweisung der innerörtlichen Straßen als Tempo 30 Zone, dass alle Straßen, also auch die B431 und die L106 einbezogen werden.

Herr Plettenberg möchte die Liste für die Einwohnerfragestunde um eine Spalte erweitern. Hier soll „Fragen beantwortet am“ eingetragen werden.

Herr Burek beendet die Einwohnerfragestunde nach etwa 50 Minuten.

zu 3

**1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 "Münsterweg" für das Gebiet nördlich und südlich des Münsterweges, östlich Wedeler Chaussee (B 431) und südlich Klöterberg; hier: Beschlussfassung über den geänderten Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: 1062/2019/MO/BV**

Frau Möller vom Planungsbüro Möller-Plan stellt die geänderte Planung zum Entwurf der 1. Änderung des B-Plans 23 vor.

Herr Möller fragt, ob eine 57 m lange Lärmschutzwand geplant ist. Laut Herrn Möller wird der Lärmschutz nicht eingehalten.

Frau Möller stellt in der Folge die Stellungnahmen der TÖB vor. Schallschutzwände sind nur am Rande des Parkplatzes geplant.

Bei einem Ortstermin mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Investor wurde besprochen, dass zwei Gebäude mit je 9 Wohneinheiten entstehen sollen.

Der Entwurf des Bebauungsplans muss diesbezüglich angepasst werden. Der Bau- und Umweltausschuss muss beschließen, dass der Entwurf der 1. Änderung des B-Plans angepasst wird, dass die Änderung des B-Plans zwei Gebäude mit je 9 Wohneinheiten festlegt.

In der Folge wird die Festsetzung einer Traufhöhe diskutiert. Frau Möller sieht das nicht als sinnvoll an. Ihrer Meinung nach ist die Festlegung von Firsthöhe, Geschossigkeit und Dachneigung sinnvoller.

Es wird angesprochen, dass entgegen des Ortstermins ein Mammutbaum im Entwurf nicht als zu erhalten festgesetzt wird. Frau Möller erklärt hierzu, dass der Baum nicht heimisch ist und daher nicht als zu erhalten festgesetzt wird. In der Begründung zum B-Plan wird aber erklärt, dass der Baum erhalten werden soll.

Es folgt eine Debatte zum Bebauungsplan.

Herr Adam beklagt, dass das Amt Geest und Marsch Südholstein laufend von der Moorreger Politik beschuldigt wird, schlecht zu arbeiten und bittet die Politik dies künftig zu unterlassen.

Herr Adam verweist in diesem Zusammenhang auf den seit längerer Zeit im Amt bestehenden Personalmangel.

Herr Adam erklärt ferner, dass wegen der beabsichtigten Änderung des B-Plans mehrere Ortstermine mit den Fraktionsvorsitzenden und den Investoren gegeben hat.

Bezogen auf die intensive Diskussion in der Einwohnerfragestunde merkt Herr Adam an, dass sich Bebauungen und Planungen im Laufe der Jahre ändern. Es gäbe keinen Anspruch darauf, dass ein Bebauungsplan ewig unverändert bestehen bleibt.

Herr Adam verweist darauf, dass durch die Ortstermine und die Beratungen in den Fraktionen eine Reduzierung gegenüber den ursprünglichen Vorstellungen der Investoren erreicht werden konnte.

Herr Adam erklärt dann, dass seine Fraktion die Änderung des B-Plans ablehnen wird.

Herr Mankel sieht keinen Bedarf für Eigentumswohnungen, die von einem Investor gekauft werden. Seine Fraktion wird dem Antrag auf Änderung des Bebauungsplans auch nicht zustimmen.

Frau Tobuschat möchte eine Statistik zur demografischen Entwicklung und zur Herkunft haben, um feststellen zu können, ob der Bedarf für Eigentumswohnungen wirklich besteht.

Herr Plettenberg erklärt, dass die Schulwegsicherung durch den Ausbau der Straße Klöterberg sichergestellt wird.

Der Investor will die Straße von der Einmündung in die B431 bis zum Ende des Grundstücks Klöterberg 6 ausbauen. Dies wird in einem städtebaulichen Vertrag geregelt. Den Rest der Straße wird die Gemeinde Moorrege in gleicher Bauweise ausbauen.

Herr Schneider verweist darauf, dass die aktuelle Planung der Investoren weniger Fläche versiegeln wird, als es bei 6 Doppelhäusern der Fall wäre.

Frau Tobuschat beantragt für sich namentliche Abstimmung.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird dahingehend geändert, dass im Planentwurf eine Begrenzung auf zwei Gebäude mit je 9 Wohneinheiten festgesetzt wird.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung zu beschließen:

Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Münsterweg“ für das Gebiet nördlich und südlich des Münsterweges, östlich Wedeler Chaussee (B 431) und südlich Klöterberg abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:

Berücksichtigt, teilweise berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen gemäß anliegender Auswertung (Abwägung), welche Bestandteil dieses Beschlusses ist; ggf. mit folgenden Änderungen/Ergänzungen: . . .

Der geänderte Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Münsterweg“ für das Gebiet nördlich und südlich des Münsterweges, östlich Wedeler Chaussee (B 431) und südlich Klöterberg sowie die Begründung hierzu wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.

Der geänderte Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Münsterweg“ für das Gebiet nördlich und südlich des Münsterweges, östlich Wedeler Chaussee (B 431) und südlich Klöterberg ist mit folgender Änderung zu ergänzen:

Im Entwurf ist die Bebauung mit maximal zwei Gebäuden mit je 9 Wohneinheiten festzusetzen

Der Entwurf des Planes und seiner Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen

Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu informieren.

Das Planungsbüro Möller-Plan wird beauftragt, die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 5 Nein: 4 Enthaltung: 0 Befangen: 0

**zu 4 Spurbahnsanierung Lander inklusive Antrag der FWM auf Erstellung einer Bodengrunduntersuchung Spurbahn Lander
Vorlage: 1038/2019/MO/BV**

Für die Spurbahnsanierung liegen zwei Vorschläge vor. Die Kosten belaufen sich danach auf ca. 400.000,- € bzw. 470.000,- €.

Laut Herrn Baumgarten der Antrag der FWM auf Erstellung eines Bodengutachtens eingebracht worden, weil ein Bodengutachten nötig sei, um den Aufbau der zu sanierenden Spurbahn festlegen zu können.

Bei einem Ortstermin in 2018 wurde von Herrn Riege vom LLUR festgestellt, dass die Spurbahnsanierung die Förderkriterien nicht erfüllt.

Herrn Baumgarten führt weiter aus, dass um den Förderantrag stellen zu können nach Aussage von Herrn Riege ein Bodengutachten nötig wäre.

Herr Wiese stellt fest, dass nach der Begehung ein Gespräch zwischen Herrn Riege (LLUR) und Herrn Rieger (Amtsverwaltung) stattgefunden hat. Hier hat Herr Riege festgestellt, dass eine Förderung nicht möglich ist.

Herr Wiese spricht in diesem Zusammenhang an, dass zwei Kommunen in Kürze einen Ortstermin mit Herrn Riege haben werden. Die Verwaltung wird versuchen die Spurbahnsanierung Lander an diesem Termin mit Herrn Riege zu behandeln.

Die vorliegenden Angebote wurden vom Wege- und Unterhaltungsverband eingeholt.

Herr Burek regt an Asphaltmodule zu verlegen. Die Kosten werden allerdings erheblich sein.

Der komplette Bau- und Umweltausschuss soll sich beim Ortstermin mit Herrn Riege und Herrn Rieger treffen.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Ortstermin mit Herrn Riege wird am Freitag, den 21.06.2019 stattfinden.

Der TOP wird zurückgestellt. Es ist zunächst der Ortstermin abzuwarten.

zurückgestellt

**zu 5 Raumordnungsverfahren zum geplanten Neubau einer Erdgastransportleitung durch Gasunie
Vorlage: 1048/2019/MO/BV**

Von der Gasunie wird derzeit ein Raumordnungsverfahren bezüglich der Verlegung einer Gasleitung betrieben. Hier werden mehrere möglich Trassenvarianten aufgezeigt.

Herr Wiese führt dazu aus, dass es bereits einen Termin mit den Bürgermeistern gegeben hat. Auf diesem Termin wurde von den Bürgermeistern beklagt, dass die betroffenen Bürger nicht beteiligt werden sollten. Auf Druck der Bürgermeister wird es nunmehr zwei neue Termine (13.06. in Neuenbrook und 14.06. im Haseldorfer Hof) geben wird, an denen die Gasunie die Bürger über das geplante Vorhaben informiert.

Herr Bürgermeister Weinberg schlägt vor, dass die Ausschussmitglieder zur Informationsveranstaltung gehen sollen und dass danach über den TOP entschieden werden soll.

Herr Möller beantragt, dass der Ausschuss eine ablehnende Stellungnahme abgeben soll.

Der Ausschuss beschließt die Verlegung einer Gasleitung durch die Gemeinde Moorrege abzulehnen.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss lehnt die Verlegung der Gasleitung in der Gemeinde Moorrege ab.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

**zu 6 Antrag der SPD-Fraktion, hier: künftige Beteiligung des Arbeitskreises Baumschutz im Rahmen von Bauvorhaben
Vorlage: 1049/2019/MO/AN**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die Arbeitsgruppe Baumschutz bei allen Bauanträgen beteiligt werden soll, wenn mehr als 4 Wohneinheiten betroffen sind.

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die Hauptsatzung zu ändern.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 7 Bildung einer Arbeitsgruppe für die zukünftige Nutzung des Amts-

hauses; hier: Antrag der FWM
Vorlage: 1050/2019/MO/BV

Herr Weinberg rät davon ab die Arbeitsgruppe zu gründen, solange die Gemeinde noch nicht Eigentümer des Amtsgebäudes ist.

Herr Adam ist der Meinung, dass die Arbeitsgruppe jetzt gegründet werden sollte, um Nutzungsmöglichkeiten zu entwickeln, bevor das Gebäude gekauft wird.

Herr Mankel schlägt vor, das Thema in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses zusammen mit dem Thema Ortsentwicklungssatzung zu behandeln.

Herr Schneider beantragt den Antrag zu ändern, dass sich die Arbeitsgruppe ein Jahr vor Übergabe des Amtshauses gründen soll.

Das Amt wird gebeten Bescheid zu geben, wenn die Übergabe bzw. der Umzug feststehen.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass sich die Arbeitsgruppe ein Jahr vor Übergabe des Amtshauses gründen soll.

Das Amt wird gebeten Bescheid zu geben, wenn die Übergabe bzw. der Umzug feststehen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 8 **Beauftragung eines externen Baubegleiters für die Planung und Errichtung des DRK Kindergartens; hier: Antrag der FWM**
Vorlage: 1051/2019/MO/BV

Der Antrag der FWM wird diskutiert.

Herr Mankel bittet um Sachstand der Planung und Maßnahme.

Herr Weinberg berichtet, dass das Ingenieurbüro derzeit die Grundlagen erarbeitet.

Herr Wiese führt weiter aus, dass die Ingenieurs- und Bauleistungen ausgeschrieben werden müssen.

Die Ausarbeitung wird durch das Amt erfolgen. Die betroffenen Stellen sind derzeit aber nicht bzw. nur teilweise besetzt. Das Amt kann diese Aufträge daher frühestens erst ab Oktober wieder leisten.

Herr Möller stellt fest, dass seit dem Sozialausschuss keine Aufträge erteilt wurden bzw. nichts passiert sei.

Herr Heidecke verlässt den Raum (22:20Uhr).

Herr Adam ist der Auffassung, dass die Beauftragung des Ingenieurbüros durch den Bürgermeister nicht innerhalb der in der Hauptsatzung genannten Grenzen möglich ist.

Herr Weinberg erwidert dazu, dass die Entscheidung darüber von seiner Ermächtigung abgedeckt ist.

Frau Willmann bittet darum, dass der Sachstand zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung mit einer Zeitschiene auf einer DinA4 Seite zusam-

mengefasst wird.

Herr Möller bittet darum, dass der Planer / Ingenieur zur nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses eingeladen wird.

Herr Plettenberg regt an den Planer zum nächsten Sozialausschuss einzuladen.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt den beauftragten Planer zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses einzuladen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

**zu 9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Ausweisung der innerörtlichen Straßen als Tempo 30-Zone (ausgenommen B431/L106)
Vorlage: 1061/2019/MO/BV**

Die Ausweisung von Tempo 30 in der Gemeinde Moorrege wird kontrovers diskutiert. Von einigen Mitgliedern wird sowohl der ökologische Aspekt bestritten, als auch die Verkehrsbehinderung durch Tempo 30 bemängelt. Dem wird eine Studie des ADFC entgegengehalten.

Herr Schneider sagt dazu, dass die Ausweisung einer Tempo 30 Zone in einer anderen Gemeinde erst nach sehr langer Zeit bewilligt wurde.

Herr Plettenberg erklärt dazu, dass der Kreis Pinneberg für die Ausweisung von Tempo 30 Zonen zuständig ist und dass mit einer Ablehnung des Antrags zu rechnen ist.

Der Antrag wird ergänzt um die B431 und L106 zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass der Antrag an den Kreis Pinneberg gestellt werden soll, dass die innerörtlichen Straßen inklusive der B431 und L106 als Tempo 30 Zone ausgewiesen werden sollen.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 5 Nein: 2 Enthaltung: 2

zu 10 Verschiedenes

Es wird gefragt, wie der Sachstand zu den Unterflurglascontainern ist.

Antwort der Verwaltung:

Der Punkt wird voraussichtlich im Herbst auf der Tagesordnung stehen. Es muss zunächst eine Klärung mit der GAB erfolgen. Es sind außerdem noch neue Angebote abzuwarten.

Ferner wurde der Sachstand zum Bauwagen des Waldkindergartens angefragt.

Herr Wiese erläutert dass der Förster wegen des Waldabstands und der Brandgefahr seine Zustimmung verweigert hat und dass der Klarstellungserlass des Landes diese Auffassung bestätigt hat.

Das Amt hat zwischenzeitlich einen Bauantrag gestellt, den es jetzt abzuwarten gilt.

Herr Burek schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:52 Uhr.

**zu 11 Vorbescheidsantrag für die zeitlich begrenzte temporäre Errichtung von 2 Mobilhäusern als Flüchtlingsunterkünfte am Klöterberg 6
Vorlage: 1055/2019/MO/BV**

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Für das Grundstück Klöterberg 6 (Flur 10, Flurstück 25/5) wurde ein Vorbescheidsantrag für die zeitlich begrenzte temporäre Errichtung von 2 Mobilhäusern als Flüchtlingsunterkünfte gestellt.

Das Grundstück befindet sich im unbeplanten Innenbereich und ist Bestandteil des Gebietes für das der Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung des B-Plans Nr. 23 gefasst wurde.

Im Flächennutzungsplan ist das Grundstück als gemischte Baufläche ausgewiesen.

Die Zulässigkeit von Vorhaben im Rahmen von § 34 BauGB richtet sich u.A. danach, ob sich das Vorhaben nach Art und Maß der Nutzung in die nähere Umgebung einfügt.

In Wohn- und Mischgebieten ist die Errichtung von Gebäuden zu Wohnzwecken allgemein zulässig. Die beiden Mobilhäuser dienen der Unterbringung, also dem Wohnen von Flüchtlingen und sind damit im Innenbereich allgemein zulässig.

Das Maß der baulichen Nutzung, also die Größe der Gebäude ist deutlich geringer, als die umliegenden Gebäude. Insofern fügt sich das Vorhaben auch nach dem Maß der baulichen Nutzung ein.

Das Einvernehmen der Gemeinde Moorrege ist daher nach § 36 Abs. 1 BauGB zu erteilen.

Der Bau- und Umweltausschuss diskutiert die temporäre Errichtung der Mobilhäuser auf dieser Fläche.

Die Mitglieder des Ausschusses erklären, dass sie Flüchtlingsunterkünften auf diesem Grundstück nicht zustimmen, da es eine besser gelegene Fläche in der Gemeinde gibt.

Das Amt müsse auch den Bedarf für diese Unterkünfte nachweisen.

Herr Weinberg erklärt ferner, dass die Unterkünfte aus Heist kommen und doch auch dort wieder aufgestellt werden könnten.

Herr Adam erklärt, dass durch die Kündigung von Mietwohnungen und die

Nutzung dieser Unterkünfte Einsparungen für das Amt und die Gemeinde erzielt werden.

Herr Wiese führt ferner aus, dass der Bauantrag nur hinsichtlich der planungsrechtlichen Frage zu beraten ist und dass das Vorhaben bauplanungsrechtlich zulässig ist.

Dass es sich um Flüchtlingsunterkünfte handelt, ist für das Einvernehmen der Gemeinde nicht relevant.

Von einem Ausschussmitglied wurde entgegnet, dass man diese Punkte aber nicht voneinander trennen kann.

Herr Burek stellt die Voranfrage zur Abstimmung und formuliert den Beschlussvorschlag um.

Der Beschlussvorschlag lautet nunmehr:

Der Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Moorrege erteilt das Einvernehmen zum Vorbescheidsantrag für die zeitlich begrenzte temporäre Errichtung von 2 Mobilhäusern als Flüchtlingsunterkünfte gem. § 36 Abs. 1 i.V.m § 34 Abs. 1 BauGB **nicht**.

Anmerkung der Verwaltung:

Der gefasste Beschluss ist rechtswidrig und erfolgte ohne eine zwingend nötige Begründung.

Die Kommunalaufsicht des Kreises Pinneberg hat den Bürgermeister zwischenzeitlich aufgefordert dem Beschluss zu widersprechen. Die Kommunalaufsicht führt aus, dass es hierzu kein Ermessen gibt.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Moorrege erteilt das Einvernehmen zum Vorbescheidsantrag für die zeitlich begrenzte temporäre Errichtung von 2 Mobilhäusern als Flüchtlingsunterkünfte gem. § 36 Abs. 1 i.V.m § 34 Abs. 1 BauGB **nicht**.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

Für die Richtigkeit:

Datum: 22.06.2019

gez Wolfgang Burek
Vorsitzender

gez. Michael Müller
Protokollführer